

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

08.09.2021

Inhalt

EWN

1 Nicht reif für die Ausbildung <i>Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt, 08.09.2021</i>	3
2 Etwas Bewegung bei der Suche nach einem Endlager <i>deutschlandfunk.de, 08.09.2021</i>	4
3 Atomkraft als Klimahoffnung? <i>Spiegel.de, 07.09.2021</i>	6

📰 Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt | 08.09.2021 | S. 15-SEITE 15

📄 Auflage: 19.350 | Reichweite: 44.976

Nicht reif für die Ausbildung

Unternehmer in MV fordern mehr Unterstützung bei der Sicherung des Berufsnachwuchses

Schwerin. Die *Wirtschaft* in *Mecklenburg-Vorpommern* beklagt eine vielfach unzureichende Vorbereitung von Schulabgängern auf das Berufsleben. Oft fehle es an Grundkenntnissen und der nötigen Berufsreife. „Dabei können wir es uns in Zeiten eines zunehmenden Fachkräftemangels nicht leisten, dass jedes Jahr bis zu 20 Prozent durchs Raster fallen“, betonte der Vize-Präsident der Vereinigung der Unternehmensverbände (VU) MV, Thomas Maync, gestern in Schwerin.

In dem von Maync präsentierten „Bildungspolitischen Positionspapier“ zur bevorstehenden Landtagswahl fordert der Unternehmer-Dachverband von der künftigen Landesregierung mehr Unterstützung bei der Sicherung des Berufsnachwuchses. Schon in der Schule sollen demnach wichtige Weichen für ein erfülltes Berufsleben gestellt und mehr Interesse für Ökonomie und Naturwissenschaften geweckt werden. Der

Digitalpakt Schule soll schneller umgesetzt und Lehrer sollen dafür gezielt qualifiziert werden. Die Berufsorientierung soll intensiviert, die Berufsschulen sollen attraktiver gemacht und die Studienangebote stärker am Bedarf der *Wirtschaft* ausgerichtet werden, wie es in dem Papier heißt. Die für Bildung und Hochschulen zuständige VU-Geschäftsführerin Susan Bach warnte davor, das Fach Werken mit den Bereichen Geografie, Sozialkunde und Geschichte in einem Fach Gesellschaftswissenschaften zusammenzulegen – bislang noch ein Modellprojekt.

Zudem kritisierte sie Einschränkungen im Fach AWT (Arbeit - *Wirtschaft* - Technik) zu Lasten der Berufsorientierung, die zudem viel zu spät einsetze. „Wir müssen den Lehrern die nötige Zeit geben, die Berufsinteressen der Schüler zu erkunden und dann auch zu fördern“, sagte sie.

 deutschlandfunk.de | 08.09.2021

 WEBLINK

Etwas Bewegung bei der Suche nach einem Endlager

Atommüll

Keiner will ihn haben, den strahlenden Atommüll. Doch irgendwo in Deutschland wird auf absehbare Zeit ein Endlager entstehen müssen. An öffentlichen Veranstaltungen der ersten Such-Phase haben sich rund 1.000 Bürgerinnen und Bürger beteiligt. Es sind viele Fragen offen.

Die mit der Suche für ein Atommüll-Endlager beauftragte Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) hat im September 2020 einen Zwischenbericht vorgelegt. Demnach sind 54 Prozent der Fläche Deutschlands und rund 30 Prozent der Fläche in Nordrhein-Westfalen für ein atomares Endlager geologisch geeignet. Der heftig umkämpfte niedersächsische Salzstock Gorleben war nicht darunter, was von Atomkraftgegnern vor Ort gefeiert wurde. Aber die Suche läuft weiter.

Wie ist der aktuelle Stand?

Bürgerinnen und Bürger hatten jetzt die Gelegenheit, über den Zwischenbericht aus dem September 2020 zu diskutieren – wegen Corona vor allem online. Dazu wurde eine sogenannte „Fachkonferenz Teilgebiete“ geschaffen. Dabei sollte eine breite Wissensbasis geschaffen werden, auf deren Grundlage dann Bürger und kommunale Vertreter diskutieren und die möglichen Schritte kritisch hinterfragen können. Zu diesem Prozess wurde nun ein Bericht zum Diskussionsstand vorgestellt. Die Bürgerkonferenz hat kein Vetorecht. Ihr Feedback muss aber berücksichtigt werden.

Der von der Fachkonferenz Teilgebiete vorgelegte 116-seitige Bericht fasst Stellungnahmen, Empfehlungen und Kritik aus öffentlichen Diskussionsveranstaltungen zusammen, bei denen sich die Bürger seit Oktober vergangenen Jahres zur Suche nach einem Endlager äußern konnten – diese Form der Bürgerbeteiligung ist im Standortauswahlgesetz festgeschrieben. Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) sagte eine Berücksichtigung der Forderungen bei der weiteren Suche nach einem Endlager zu. „Jeder kritische Blick, jede hinterfragende Stimme bereichert das Verfahren“, erklärte sie. Die in dem Bericht festgehaltene „konstruktive Kritik“ sei „wichtig“.

Was sind die noch offenen Punkte bei der Endlagersuche?

Zu den ungeklärten Punkten gehört die Frage, ob das theoretisch für ein Endlager nutzbare Salzgestein im Norden von Deutschland stabil ist im Falle einer neuen Eiszeit – wenn dort also 1.000 Meter Gletscher über das Gebiet gehen. Weiterhin hat man im Süden Deutschlands Granitgesteine, die auch als Endlager in Frage kommen. Dort muss man herausfinden, wie ein Endlager überhaupt aussehen muss, damit es funktioniert. In Deutschland sind eine Million Jahre Sicherheit gefordert. Insofern gibt es naturgemäß keine Vorbilder. Es sollen weitere Daten gesammelt werden. Ein Problem ist zum Beispiel, dass das bisherige Datenmaterial teilweise noch aus den 1950er-Jahren stammt.

Die BGE will nun Empfehlungen ausarbeiten, auf deren Grundlage dann der Bundestag entscheidet, wo in einer zweiten Phase überirdische Erkundungen erfolgen sollen. Dagegen sind dann auch Klagen möglich. Begleitet wird dieser Schritt durch öffentliche Regionalkonferenzen. In einer dritten Phase erfolgen an mindestens zwei Standorten auch unterirdische Erkundungen, bis 2031 schließlich dem Parlament ein Standortvorschlag vorliegen soll.

Wie ist das Such-Verfahren zu bewerten?

Die Diskussion scheint nicht mehr so festgefahren. Es sind viele junge Leute bei den Bürgergesprächen dabei. Sie geht es im Endeffekt auch an. Denn wenn das Endlager 2060 in Betrieb gehen würde, sind sie alt – und für ihre Kinder verantwortlich, weil sie die Entscheidungen treffen, die dann für jene wichtig werden.

Von Atomkraftgegnern kommt regelmäßig Kritik. Der im vergangenen Jahr vorgelegte Zwischenbericht der BGE sei „so oberflächlich ausgefallen“, dass der Öffentlichkeit „schlicht an einer vernünftigen Diskussionsgrundlage fehlte“, erklärte Jochen Stay, Sprecher der Anti-Atom-Organisation „Ausgestrahlt“.

Radioaktiver Abfall – Die Suche nach einem deut-

schen Atommüll-Endlager

Noch befindet sich der hochradioaktive Atommüll aus deutschen Kernkraftwerken in Zwischenla-

gern. Bis 2031 soll ein Endlager-Standort gefunden werden, um die tödlich strahlenden Abfälle dort ab 2050 für alle Zeiten sicher zu begraben. Aus geologischer Sicht ist dafür halb Deutschland geeignet.

📄 Spiegel.de | 07.09.2021

👤 Sebastian Spallek, Kurt Stukenberg

🔗 WEBLINK

»KLIMABERICHT«-PODCAST

Atomkraft als Klimahoffnung?

Bald gehen in Deutschland die letzten Kernkraftwerke vom Netz. Es gibt Klimaschützer, die hinterfragen diese Entscheidung – weil Kernenergie klimaneutral sei. In dieser Podcast-Folge erklären wir die Chancen und Risiken der Atomkraft.

Nach dem Reaktorunglück von Fukushima vor rund zehn Jahren entschloss die Bundesregierung den Ausstieg aus der Kernenergie. Die Risiken der Atomenergie, das hatte die Katastrophe gezeigt, sind hoch, und nicht zuletzt fällt atomarer Müll bei der Erzeugung an. Doch Klimaschützer hinterfragen diese Entscheidung mittlerweile. Denn Strom aus Kernenergie ist sauberer als aus der Verstromung von Kohle. Nehmen wir also eine Risikotechnologie vom Netz, die klimafreundlichen Strom produziert?

»Kernenergie ist das beste Mittel, um Strom klimaschonend, umweltfreundlich, preiswert und auch zuverlässig herzustellen«, sagt Rainer Klute, der Vorsitzende eines Pro-Atom Vereins. »Kernkraft und Erneuerbare gehen Hand in Hand, nicht gegeneinander, sondern miteinander gegen Kohle und Erdgas.«

Antiatomaktivisten begeistert der neue Hype um Atomstrom überhaupt nicht: »Es darf kein Ökolabel für Atom geben. Hier ist es ganz klar: In Atomkraftwerken entsteht täglich hochgiftiger radioaktiver Abfall. Das ist bekannt«, sagt Heila Beyme von Anti Atom Berlin. Sie ist der Meinung, dass wir für eine klimaneutrale Zu-

kunft auf Wind und Solarenergie setzen müssen. »Wir sollten unsere Energie tatsächlich in die Erneuerbaren stecken. Wir müssen mehr für die Speicherung tun. Und wir müssen mehr für die dezentrale Energiegewinnung tun. Mit Atomkraft tun wir uns allen keinen Gefallen.«

Das Problem mit dem radioaktiven Abfall könnte jedoch bald schon in Teilen gelöst sein, sagt Philip Bethge, Redakteur im Wissenschaftsressort des SPIEGEL: »Die Generation IV Reaktoren funktionieren bei sehr viel höheren Temperaturen und mit mehr Energie. Sie könnten dadurch künftig in der Lage sein, den Atom- müll selbst zu verfeuern und daraus noch weitere Energie zu gewinnen.«

Wir fragen uns: Ist Deutschland zu früh aus der Kernenergie ausgestiegen? Und sollen wir vielleicht sogar zurück zur Atomkraft? Das diskutieren wir in dieser Woche im »Klimabericht«, unserem Podcast zur Klimakrise. Unsere Gäste sind diesmal: Heila Beyme von Anti Atom Berlin, Rainer Klute von Verein Nuclearia und Philip Bethge, Redakteur im Wissenschaftsressort des SPIEGEL.